

Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 53 (1974)
Heft: 11

Artikel: Portugal : das zweite Kapitel
Autor: Brügel, J.W.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-338899>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 04.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Portugal: Das zweite Kapitel

Die Freudenfeuer sind verrauchte, und Portugal steht nach dem Sturz der Diktatur vor sehr ernsten Alltagssorgen. So gross die Begeisterung war, mit der die Mehrheit vor allem der städtischen Bevölkerung das Ende einer 48 Jahre andauernden Diktatur begrüsst (vor der es auch nicht gerade demokratische Zustände gegeben hatte), so schwierig ist es, ein organisiertes demokratisches politisches Leben aufzubauen und zugleich die ärgsten sozialen Ungerechtigkeiten zu beseitigen, die das Land zu einem der rückständigsten Europas gemacht haben. Der gegenwärtig im Amt befindlichen, aus Militärs und Politikern zusammengesetzten Übergangsregierung wird man die Anerkennung nicht versagen, dass sie die Probleme mit Energie angeht. Sie hat schon eine nationalistisch-reaktionäre Bewegung verboten, die als Auffangorganisation für die Anhänger der in Schmach und Schande verendeten Diktatur gedacht war. Sie hat, um die Macht des Kapitals zu brechen, die das ernsteste Hemmnis für soziale Gerechtigkeit war, bereits die drei wichtigsten Banken mit Entschädigung der Aktionäre nationalisiert. In gewissen Dingen ist die Volksstimmung aber weiter als der langsam arbeitende Apparat einer aus verschiedensten Elementen bestehenden Regierung. Die grosse Brücke über den Tejo (die zweitgrösste Europas), die nach dem früheren Diktator Salazar benannt ist, trägt offiziell noch immer diesen Namen, aber das Volk nennt sie nur mehr «Brücke des 25. April» (Tag des Umsturzes), und die Regierung wird das zweifellos zur offiziellen Bezeichnung erheben.

Die Sozialistische Partei Portugals an der Arbeit

Das Erfreulichste für uns ist natürlich, dass die Sozialistische Partei Portugals sofort aus der Halblegalität getreten ist und sich mit voller Kraft politisch in das Geschehen eingeschaltet hat.¹ Wer einige Zeit im Zentralsekretariat der Partei in der Rua St. Pedro De Alcantara, von der man einen wunderbaren Blick auf die unten liegende Stadt Lissabon hat, verbringt, hört telephonische Anrufe aus allen Teilen des Landes, in denen Funktionäre um Ratschläge zum Aufbau ihrer Organisation bitten. Im kleinsten Dorf sieht man überall die Aufrufe der Partei, sich zu ihr zu bekennen und ihre Mitgliedschaft zu erwerben, und man kann selbst im fernen Funchal auf der Insel Madeira, 920 km von Lissabon entfernt im Atlantischen Ozean, am späten Abend das Parteibüro in vollster Aktivität

¹ Schon 1875 wurde in Portugal eine Sozialdemokratische Partei gegründet, die in den zwanziger Jahren der Sozialistischen Arbeiter-Internationale angehört hat. Mit den anderen politischen Parteien wurde sie dann von der Diktatur unterdrückt, die nur ihre Einheitspartei zuliess.

finden. Was für merkwürdige, ja groteske Situationen der Sturz einer Diktatur hervorrufen kann, zeigt die Tatsache, dass sich das Zentralsekretariat der Sozialistischen Partei im zweiten Stock eines Hauses eingemietet hat, das vorher das Büro der «Kulturzensur» war. Die Zensoren waren durch direkte Telephonleitungen mit den wichtigsten Staatsfunktionären verbunden, und da diese Leitungen intakt geblieben sind, kann man vom Parteisekretariat durch blosses Abheben des Telephons direkt mit dem Präsidenten der Republik oder jedem beliebigen Minister sprechen. Dass man den früheren Diktator Caetano und seinen (allerdings völlig bedeutungslosen) Präsidenten Admiral Tomas ohne weiteres nach Brasilien ziehen liess, wird freilich sogar in den Reihen der einfachen sozialistischen Parteimitglieder sehr stark kritisiert.

Das Ende des Kolonialismus

So wenig im Vergleich zu den diesbezüglich auf eine weit längere Tradition mit stärkerem Fanatismus zurückblickenden Kommunisten der Parteiapparat der Sozialisten ausgebaut ist, so stark ist die Stellung der Sozialistischen Partei im Lande, in der Volksstimmung und in der Regierung. Es ist vor allem neben dem sozialistischen Justizminister Salgado Zenha die Persönlichkeit ihres Parteiführers und Generalsekretärs, des 49jährigen Juristen Dr. Mario Soares, die im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit und der allgemeinen Anerkennung für seine Tätigkeit als Aussenminister steht. Dieser junge, unverbrauchte und als jahrelang Verfolgter und Exilierter bestens ausgewiesene Politiker erfreut sich eines geradezu unwahrscheinlichen Prestiges. Wiewohl die Frage der bisherigen portugiesischen Kolonien (die man zu Täuschungszwecken als Provinzen Portugals erklärt hatte) ressortmässig einem anderen Minister gehört, ist die direkte Teilnahme von Soares an allen Verhandlungen zur Dekolonialisierung für ihren Erfolg geradezu unerlässlich. Nur dem Sprecher der durch keine Konzession an den Kolonialismus befleckten Sozialistischen Partei ist es möglich, mit den Vertretern der Kolonialvölker zu einem Abkommen über die Gewährung der Freiheit an diese zu gelangen, das den portugiesischen Siedlern in den kolonialen Gebieten nur die Vorrechte, aber nicht die Lebensrechte nimmt. Freilich sind die Dinge auf dem Papier oft einfacher als in der Praxis. Es war eine grosse Befriedigung für Mario Soares, der als Exilpolitiker von den Sozialisten anderer Länder die diplomatische Anerkennung von Guinea-Bissau verlangt hatte, dass er nun selbst als Aussenminister den Antrag zur Aufnahme dieser früheren Kolonie in die Vereinten Nationen stellen konnte. Trotzdem ist die Frage der Kapverdischen Inseln, die weit von Guinea-Bissau entfernt sind, aber von diesem neuen Staat in Anspruch genommen werden, noch ungeklärt. Die portugiesischen Sozialisten treten dafür ein, dass man die Bevölkerung dieser Inseln um ihre Meinung befragen möge. Für Mozambique ist eine Einigung zustande gekommen, die dem Lande die Unabhängigkeit

nach einer Übergangszeit in einer Weise verheisst, die zumindest für den Augenblick die weissen Siedler nach dem Zusammenbruch der Revolte eines Teiles von ihnen zu beruhigen geeignet ist. Das war nicht nur deshalb möglich, weil die portugiesische Regierung es hier praktisch mit einer einzigen Unabhängigkeitsbewegung (Frelimo) zu tun hatte, sondern weil die Frelimo-Vertreter, da sie einem Mario Soares trauen, ein grosses Mass von Einsicht bewiesen haben. Schwieriger wird es schon in dem westafrikanischen Angola sein, wo drei Befreiungsbewegungen miteinander in einem erbitterten Streit liegen. Soares erklärte, es komme nur eine Einigung mit allen in Frage. (Das Programm der Sozialistischen Partei verlangt zwar «Verhandlungen mit den allgemein als authentische Repräsentanten ihrer Völker anerkannten afrikanischen nationalistischen Bewegungen», aber welche Kriterien gibt es für die Beurteilung dieser Authentizität?) Portugal, seinerzeit eines der grössten Kolonialreiche der Welt, hat aber noch Besitzungen in Asien (nur Goa ist an Indien verlorengegangen), und die Frage ihres zukünftigen Status ist ungeklärt. Es handelt sich um die portugiesische Hälfte der Insel Timor, deren andere Hälfte Indonesien gehört, und um Macao, einer Enklave am chinesischen Festland, ähnlich wie Hongkong. Dort haben sich natürlich Tendenzen für und gegen einen Anschluss an Indonesien beziehungsweise China geltend gemacht (in Timor, das ungefähr eine Million Einwohner hat, ist jetzt auch eine Sozialistische Partei entstanden), doch die portugiesischen Sozialisten wollen diese Probleme erst nach Anhören der Meinung der ortsansässigen Bevölkerung lösen. So einleuchtend das in der Theorie ist, so viele Schwierigkeiten können sich bei der Verwirklichung ergeben, aber an der Entschlossenheit des heutigen portugiesischen Regimes, den Kolonialismus zu liquidieren, kann kein Zweifel bestehen.

Die Taktik der Kommunisten

Die Unvorbereitetheit des portugiesischen Volkes für die von ihm erungene Freiheit kommt in einer erstaunlichen Vielfalt von neuen Parteien zum Ausdruck, die sich alle fortschrittlich und demokratisch nennen und mit einem grossen Aufwand an Propaganda für sich werben. Komischerweise endet eine gutbürgerliche Partei ihren Aufruf mit den Worten «Es lebe die Sozialdemokratie», und neben der Sozialistischen Partei, die von Mario Soares geführt wird, hat sich auch eine kleine Gruppe etabliert, die sich Sozialdemokratische Partei nennt. Die Kommunisten auf der anderen Seite haben mit der lebhaften Agitation der Maoisten zu kämpfen, die lärmende Kundgebungen für die «Freundschaft zwischen dem portugiesischen und dem chinesischen Volk» veranstalten. Die Taktik der offiziellen Kommunistischen Partei ist weniger durchsichtig. Sie ist in der Regierung vertreten, aber nur durch ihren Generalsekretär Alvaro Cunhal, der sich nach aussen hin mit der Stellung eines Ministers ohne Portefeuille begnügt. (Ursprünglich hatten die Kommunisten auch das Arbeits-

ministerium, doch scheinen sie nicht ungern darauf verzichtet zu haben, weil ihnen das unangenehme Verantwortungen auferlegt hätte.) Cunhal, der nach langen Jahren im faschistischen Kerker in Moskau gelebt hat, hat auch ohne Ressort eine Schlüsselstellung in der Regierung, weil er in ständigem Kontakt mit den machthabenden Generälen steht. Nun besteht zwar kaum die Gefahr eines kommunistischen Putsches in Portugal – Diktaturen können im heutigen Europa nur dort errichtet und an der Macht gehalten werden, wo die sowjetische Armee in der Nähe ist –, aber dass sich ausgerechnet die als Stalinisten bekannten portugiesischen Kommunisten unbedingt an demokratische Spielregeln halten würden, ist kaum anzunehmen. Zwar versicherte uns ein kommunistischer Funktionär, die Partei habe noch keinen Beschluss gefasst, für die bevorstehenden Parlamentswahlen eine «antifaschistische Einheitsliste» vorzuschlagen, die nach bewährten Vorbildern den Kommunisten jenen Einfluss geben sollte, der ihnen bei demokratischen Wahlen versagt bleibt. Aber die Andeutungen in dem kommunistischen Wochenblatt «Avante» über die Notwendigkeit des festen Zusammenschlusses aller antifaschistischen Kräfte gegen reaktionäre Machenschaften deuten darauf hin, dass man mit einem solchen Vorschlag wird rechnen müssen. Bei den Sozialisten macht man sich über die Kommunisten keine Illusionen, aber man verteidigt doch den gegenwärtigen Zustand ungefähr mit den Argumenten, die Pietro Nenni vor 25 Jahren in Italien zur Rechtfertigung seiner damaligen Politik verwendet hat: dass man eine in der Illegalität entstandene Kampfgemeinschaft nicht auflösen könne, ohne damit der Reaktion zu nützen.

Obwohl die Kommunisten offene Angriffe auf die Sozialistische Partei vermeiden, hat es doch schon einen bezeichnenden Konflikt gegeben, der zu einem entrüsteten Protest der Sozialisten geführt hat. In Abwesenheit der im Ausland befindlichen beiden sozialistischen Regierungsmitglieder wurde von der Regierung ein Gesetz beschlossen, das die Anwendung der Streikwaffe in einer Weise erschwert, die dem von der britischen Labourregierung abgeschafften konservativen Gesetz über Arbeitsbeziehungen gleicht. Die Kommunisten, die ihrem Verbleiben in der Macht alle anderen Erwägungen hintanstellen, hatten an dem Antistreikgesetz keinen Anstoß genommen, und als dann Kritik an ihrem Verhalten laut wurde, stellten sie die Dinge so dar, als hätten auch die Sozialisten an der Sache nichts auszusetzen gehabt. Das war der erste offene Konflikt, dem wohl weitere folgen dürften.

Schwieriger Aufbau freier Gewerkschaften

Natürlich fehlt es in einem Land, das keine gewerkschaftliche Tradition kennen kann, an jeder Erfahrung mit der Gründung und dem Funktionieren von Gewerkschaftsorganisationen, was sich die Kommunisten zunutze machten. Es ist ihnen gelungen, führende Positionen in einigen der jetzt entstandenen Gewerkschaften zu erobern, und es wurden auch schon Be-

ziehungen zum kommunistisch dirigierten Weltgewerkschaftsbund in Prag angeknüpft, wenn es auch noch nicht zu einem formellen Beitritt gekommen ist. Aber die Errichtung einer freigewerkschaftlichen Landeszentrale dürfte auf Schwierigkeiten stossen.

Portugal – ein Plus für den demokratischen Sozialismus

Die Tatsache, dass es im südwestlichsten Land Europas jetzt eine schlagkräftige und ins politische Geschehen eingeschaltete Sozialistische Partei gibt, ist ein grosses Plus für die internationale sozialistische Bewegung. Daraus ergeben sich ganz natürliche Solidaritätsverpflichtungen gegenüber den portugiesischen Sozialisten, die nach vielen Richtungen Hilfe brauchen. Sie haben bisher keine eigene Presse, wenn sie auch von der gesamten Presse gut behandelt werden (das gilt übrigens auch für die Kommunisten, über die völlig objektiv referiert wird). Die Sozialistische Partei bereitet die Herausgabe eines Wochenblattes vor, für das ein verhältnismässig grosses Anfangskapital notwendig ist, und hier wäre zweifellos ein Ansatzpunkt für internationale sozialistische Hilfe. Bisher war Portugal ein von den Demokratien nur ungern geduldetes Mitglied des Nordatlantischen Paktes; das wird sich nun gründlich ändern, und Mario Soares, der als Emigrant die sozialistischen Parteien der EWG-Länder bestürmte, dem damaligen portugiesischen Regime keinerlei handelspolitische oder andere Konzessionen zu machen, wird sich nunmehr darum bemühen, sein Land in die europäischen Gemeinschaften und in den Europarat einzugliedern. Portugal ist ein Land alter Kultur, von der man bisher ausserhalb der Iberischen Halbinsel verhältnismässig wenig gewusst hat. So schafft die Demokratisierung Portugals die Voraussetzung zu einer Bereicherung der gesamten westlichen Kultur.

Es ist bezeichnend, dass der Militärrat trotz der Bildung einer zivilen Übergangsregierung weiter im Amt bleiben will. Es handelt sich also quasi um eine «Demokratie auf Probe», die die Möglichkeit eines erneuten Eingreifens des Militärs – diesmal gegen die Demokratische Bewegung – einschliesst.

Adalbert Krims in «Neues Forum»
